

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

**zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Konrad Gilges, Gerd Andres,
Ernst Bahr, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksachen 13/1527, 13/3339 –**

Armut in der Bundesrepublik Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt mit Besorgnis fest, daß die Zahl der Armen in der Bundesrepublik Deutschland immer weiter zunimmt. Nach der EU-Armutsdefinition (die Armutsschwelle liegt bei 50 % des durchschnittlichen Nettoeinkommens) sind bereits über 7 Millionen Menschen (rd. 9 % der Gesamtbevölkerung) arm. Dies ist nicht hinnehmbar in einem der reichsten Staaten der Erde, dessen Bewohner 1992 über ein Vermögen von annähernd 10 000 Mrd. DM verfügten. Massenhafte Armut ist genausowenig wie ihre Hauptursache, die Massenarbeitslosigkeit, eine Naturkatastrophe. Sie ist nicht zuletzt von der Bundesregierung zu verantworten. Daß Armut auch in unserem reichen Land eine nicht mehr zu leugnende gesellschaftliche Realität ist, kommt einer sozialpolitischen Bankrotterklärung der Regierung gleich.

Der Deutsche Bundestag hält die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD zu „Armut in Deutschland“ für unzureichend und kritisiert vor allem, daß die Bundesregierung sich nach wie vor weigert, die Existenz von Armut zuzugeben und auf die erschütternden Zahlen lediglich mit Verharmlosungen und halsstarrigem Leugnen des Problems reagiert.

Ferner ist zu bemängeln, daß sich die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage „Armut in Deutschland“ einer völlig unbrauchbaren Definition des Begriffs Armut bedient, wonach Armut lediglich im „Mangel an Mitteln zur Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Nahrung, Kleidung und Unterkunft“ besteht. Arm wäre demnach nur, wer das physische Existenzminimum nicht decken kann. Armut kann jedoch nicht ausschließlich nach materiellen Kriterien definiert werden, sondern ist relativ zum Wohlstand der jeweiligen Gesellschaft zu sehen. Wohnen, Bildungsmöglichkeiten, Gesundheitsvorsorge, Teilhabe am gesell-

schaftlichen Leben sind ebenso wichtige Faktoren, von denen entscheidend abhängt, ob Menschen in Armut leben.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Politik des Sozialabbaus durch eine vorbeugende Politik gegen Armut in Deutschland zu ersetzen. Säulen einer solchen Politik sind:
 - die Einführung einer Sozialen Grundsicherung,
 - eine aktive Arbeitsmarktpolitik,
 - die Förderung des Baus zusätzlicher und bezahlbarer Wohnungen,
 - die Verbesserung der sozialen Sicherung von Frauen,
 - die Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen und
 - die Erhöhung des Kindergeldes;
2. Sofortmaßnahmen zur Vermeidung von Armut zu ergreifen. Dazu gehören kurzfristige Arbeitsmarktmaßnahmen, kurzfristige Hilfen zum Abbau der Obdachlosigkeit und Wohnungsnot, die Ergänzung des Verbraucherkreditgesetzes und die Beteiligung des Bundes an den Sozialhilfekosten;
3. endlich der Forderung nach einer institutionalisierten Armutsberichterstattung zu entsprechen. Sie soll neben einer Bestandsaufnahme von Armut in der Bundesrepublik Deutschland vor allem dem Aufzeigen von Lösungswegen dienen. Nur auf der Grundlage einer umfassenden Berichterstattung kann das Thema Armut enttabuisiert und zum Gegenstand einer breiten gesellschaftlichen Debatte gemacht werden.

Bonn, den 25. September 1996

Rudolf Scharping und Fraktion